

UN/COMMON SPACE UN/DEFINED LIVING

„Das Bedürfnis
des Menschen
nach Unterkunft
aber ist beständig.
Die Baukunst
hat niemals
brach gelegen.“

Walter Benjamin



Text: Elke Krasny

Was kann Architektur tun? Krise, Prekariat und Hoffnung

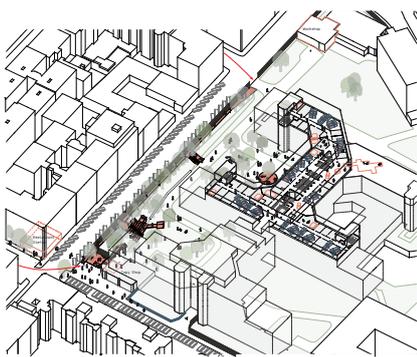
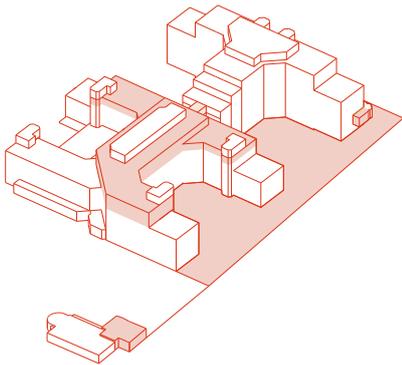
„Was kann Architektur tun?“ Diese so wichtige Frage stellte die Architektin Marie-Therese Harnoncourt in einem unserer Gespräche über den Beitrag von the next ENTERprise zur Architektur-Biennale in Venedig. Wir saßen im Büro, das sie zusammen mit ihrem Partner Ernst J. Fuchs führt, über Stadtplänen, Skizzen, Fotos und Grundrissen. Die städtebaulichen, architektonischen und politischen Fragen, die ihre Biennale-Arbeit aufwirft, sind weitreichend. Harnoncourt sprach über



Ernst J. Fuchs und Marie-Therese Harnoncourt von the next ENTERprise-architects

städtebauliche Strategien und undefinierte Orte, die sozialen Austausch und Interaktion erleichtern. Das Konzept des temporären Wohnraums ist the next ENTERprise sehr wichtig. Ihr Ansatz setzt auf die Adaption existierender Gebäude und Infrastruktur und deren Erweiterung durch mobile Elemente, durch die neue un/definierte Räume entstehen.

Das bisherige architektonische Œuvre von the next ENTERprise zeichnet sich durch seine ästhetische und formale Qualität aus. Es vermeidet sowohl die normativen Auswüchse des modernistischen Mottos „Form folgt Funktion“ als auch den Ikonenanspruch der heutigen Stararchitektur. Zugleich haben sich Marie-Therese Harnoncourt und Ernst J. Fuchs sozialen Belangen verschrieben. Ihre Architektur ist politisch und versucht, diesem so bekannten wie falschen Dilemma zwischen ästhetisch wertvollem und sozial bedürfnisorientiertem Bauen zu entgehen. Der klischeehafte Antagonismus zwischen dem, was man gemeinhin pompös als formalen architektonischen Ausdruck versteht, einerseits und radikal linker Politik andererseits ist ihre Sache nicht. Sie verfolgen weder das Prinzip der engagierten Architektur an der gesellschaftlichen Basis noch jenes der Hilfe zur Selbsthilfe oder irgendeiner anderen Variante formeller Teilhabe, die die zukünftigen GebäudenutzerInnen miteinbezieht. Und doch begreifen Harnoncourt und Fuchs die Architektur ganz eindeutig als einen wichtigen Aspekt gesellschaftlicher und politischer Veränderung. Vor diesem Hintergrund kann ihr un/definierter Raum als Katalysator subjektiver Intimität und basisdemokratischer Fairness im Zusammenleben verstanden werden.



Die Architektur-Biennale 2016 muss man allem voran in ihrer Logik als Großereignis verstehen. Ausgerechnet hier sollen nun the next ENTERprise einen von drei österreichischen Beiträgen gestalten. Vor fast zehn Jahren begannen sich Großausstellungen und insbesondere Architektur-Biennalen im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/08 – und Architektur ist nicht nur ein Symptom der Wirtschaftslage, sondern auch bekanntermaßen abhängig von Geld – mehr für kritische und politische Architektur, für Städtebau von der Basis aus, für kostengünstige Lösungen und informelles Bauen zu interessieren. Zahlreiche Biennalen, internationale Großausstellungen und Symposien nahmen sich des Trends der politisch bewussten, sozial engagierten und kritisch motivierten Architektur an. Diese Veranstaltungen und ihre Diskurse entdeckten und beförderten, so meine ich, die Figur des Architekten als Aktivisten. Dieser Architekt oder diese Architektin ist nicht nur in der Lage, Krisenzeiten zu überstehen, sondern auch – wie in der gegenwärtigen Krise – einzugreifen und gegenzusteuern. Die Biennale in Venedig 2016 setzt diesen Trend fort. Auch sie wirbt für eine krisenrelevante Architektur.

Im Hinblick auf den Biennale-Beitrag von the next ENTERprise sind drei Dinge interessant. Erstens passt ihre Arbeit nicht fugenlos in die Kategorie der aktivistischen Architektur, wenngleich sie eindeutig versuchen, in architektonischer wie in politischer Hinsicht fair zu bauen. Zum Zweiten gehört ihr Beitrag zu einem noch neueren Trend von Architekturausstellungen, über den Imperativ des Ausstellens hinauszugehen und tatsächlich zu bauen.¹ Drittens haben sich die Krisenbedingungen seit 2007/08 dramatisch verändert. Die heutige Krise ist vor allem von Austerität und Rassismus beherrscht. Die Sparmaßnahmen der Austerität und die strukturelle rassistische Gewalt haben drastische Ausmaße angenommen. In dieser schon so lange währenden Krise bleibt das menschliche Grundbedürfnis nach Wohnraum eines der dringendsten Probleme.

Die Wohnraumschaffung für Menschen mit niedrigem Einkommen, Flüchtlinge und MigrantInnen ist eine der größten und schwierigsten Herausforderungen unserer Zeit. Die Menschen haben begonnen, sich

¹ Als Beispiel nenne ich „Wohnungsfrage“, kuratiert von Jesko Fezer, Nikolaus Hirsch, Wilfried Kuehn und Hila Peleg, im Haus der Kulturen der Welt Berlin, 23. Oktober bis 14. Dezember 2015.

Vor diesem Hintergrund kann ihr un/definierter Raum als Katalysator subjektiver Intimität und basisdemokratischer Fairness im Zusammenleben verstanden werden.

gegenseitig als Gefahr und als KonkurrentInnen zu sehen. Ausgerechnet die am prekärsten lebenden Flüchtlinge wurden ideologisch als Gefahr und Konkurrenz rekonfiguriert. Laut dem in einem Artikel für Bloomberg im Februar 2016 zitierten Bericht des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und der Internationalen Organisation für Migration „wurden circa 6,5 Millionen SyrerInnen innerhalb des Landes und weitere 4 Millionen nach Ägypten, in den Irak, nach Jordanien, Libanon und in die Türkei vertrieben“². In diesem Bericht steht zudem, dass „eine Million Menschen aus Afrika, dem Nahen Osten und Asien heuer in Europa Zuflucht suchen werden“³.

Die Frage der Architektur und das Flüchtlingsthema sind also kompliziert miteinander verflochten. Im Zentrum steht eine Architektur, die Flüchtlingen sowohl körperlich als auch emotional Schutz und Obdach bietet. Es braucht Bauten, die der so verbreiteten Ideologie des Einsperrens und Abzäunens aktiv entgegenzutreten. Durch Einsperren und Abzäunen werden jene Menschen, die ideologisch als Gefahr und Konkurrenz konstruiert werden, als Subjekte, die angeblich die aufrechte Ordnung gefährden und um Ressourcen, Infrastruktur und Institutionen konkurrieren, räumlich abgeschottet. Die biopolitische Matrix des Regierens gewährleistet, dass zu letzteren ausschließlich diejenigen Zugang bekommen, die BürgerInnen des entsprechenden Nationalstaats sind. Deswegen ist eine Architektur wichtig, die Wohnraum, Schutz, Obdach und Heim zugleich ist. Dabei darf man indes nicht vergessen, dass die Architektur auch für den öffentlichen Raum zuständig ist, in dem man sich frei bewegen, sich ausdrücken, interagieren, spielen und sich entspannen kann. Die Zukunft aller durch die Massmigration veränderten Gesellschaften hängt von Lösungen dieser Probleme ab.

Der Kurator der 15. Architektur-Biennale Venedig Alejandro Aravena hat als Generalthema „Reporting From the Front“ ausgerufen. Umgehend sticht die Kriegsmetapher ins Auge, die AugenzeugInnen insinuiert, die von Fronten, Schlachten, Belagerungen, Gräueltaten, Morden, kriegsgeschundenen ZivilistInnen und Flüchtlingen berichten. Natürlich hat die Architektur, wie schon andere vor mir bemerkt haben, historisch gesehen eine äußerst widersprüchliche Beziehung zum Krieg. Vielfach machen Kriegszerstörungen die Arbeit von ArchitektInnen nicht nur räumlich, sondern auch ökonomisch erst möglich. Indes soll dieser Aspekt hier nicht weiter ausgeführt werden. Vielmehr möchte ich mich dem Thema zuwenden, mit dem die Kuratorin des österreichischen Pavillons Elke Delugan-Meissl auf das Motto „Reporting From the Front“ reagiert hat. Diesem stellte sie nämlich „Orte für Menschen“ gegenüber, um zu betonen, was die Architektur für die Flüchtlinge leisten kann. Für jene also, die wirklich von der Front berichten können und sogar müssen – für die Vertriebenen, die Gefährdeten, die Traumatisierten und Kriegsverfolgten.

Das Thema des österreichischen Pavillons stellt mithin die brennende Frage nach Architektur und Flüchtlingen oder, anders formuliert, nach der Flüchtlingsarchitektur. Dazu möchte ich zwei Beobachtungen vorausschicken, die jedoch auf komplexe Art zusammenhängen. Eine Beobachtung betrifft die derzeitige Politik in Österreich, der EU und den Balkanstaaten und die andere – eine erkenntnistheoretische Beobachtung – die Geschichte des Ausstellungswesens. Anfang 2016 sprachen sich österreichische RegierungspolitikerInnen erstmals dafür aus, die Grenzen zu schließen. Im Februar berichtete die World Socialist Web Site, dass sich Österreich, Slowenien, Kroatien und Bulgarien unterstützt von Mazedonien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro und Serbien zu einer „Managing Migration Together“ betitelten Westbalkankonferenz trafen. Weder Griechenland noch Deutschland waren eingeladen. Gemeinsam kritisierten

² Misha Savic, „Europe Faces Another Million Refugees This Year, UN Report Says“, <http://www.bloomberg.com/news/articles/2016-01-27/migrant-flow-to-europe-won-t-weaken-in-2016-as-conflicts-persist> (zuletzt besucht am 16.5.2016).

³ Wie Anm. 2.

Noch wichtiger aber ist, dass die Architektur hier aufgefordert wird zu handeln.

diese Staaten die Politik der offenen Grenzen vonseiten der EU und drängten damit effektiv auf die permanente Schließung der Balkanroute.⁴

Der den Länderpavillons auf dem Biennale-Gelände implizite Gedanke des Nationalstaats bedeutet, dass alle, die dort offiziell ausstellen, auch in die offizielle Politik ihres Landes involviert werden. Das heißt nicht unbedingt, dass man ablehnen sollte, dort auszustellen. Ein Beitrag auf der Biennale kann vielmehr dazu genutzt werden, der offiziellen Parteipolitik des Nationalstaats mit dem symbolischen Kapital eines Werks entgegenzutreten, das nichtsdestoweniger unter der Schirmherrschaft dieses Nationalstaats steht. Kommen wir nun zur zweiten Beobachtung. Die im österreichischen Pavillon gezeigten Interventionen finden nicht in Venedig statt, entstanden sie doch explizit mit dem Auftrag, in der Wirklichkeit der Flüchtlinge direkt in Wien verankert zu bleiben. Elke Delugan-Meissl wollte damit als Kuratorin über den „Exhibitionary Complex“ Tony Bennetts hinausgehen. Bennett prägte diesen Begriff in seinem bekannten Buch zur kritischen Genealogie der Institution des Museums.⁵ Wie die Weltausstellung oder die Biennale gehört auch jedes Museum als öffentliche Institution zur Matrix des kolonialen Industriekapitalismus, deren brutale strukturelle Epistemologie er mitprägte. Und diese Epistemologie ist für die Trennung zwischen „uns“ und den „anderen“ verantwortlich. Der österreichische Pavillon lässt dieses Narrativ zum Teil hinter sich, da sich die TeilnehmerInnen der Ausstellung der unmittelbaren Realität in Wien stellen.⁶

Man bricht mit dem Imperativ des „Exhibitionary Complex“ genau zu einem Zeitpunkt, an dem die Parteipolitik Grenzkontrollen und Flüchtlingsmanagement eingeführt hat. Die Architektur lässt also den Ausstellungsimperativ hinter sich, um sich direkt ins Leben zu stürzen und sich damit stärker gegen die gehässigen politischen Rahmenbedingungen zu engagieren, die nicht nur die politische Realität, sondern auch die nationale Repräsentationslogik in Venedig bestimmen.

Was Kunst und ihre Ausstellung betrifft, schreibt Angela Dimitrakaki von einem „biopolitischen Paradigma, in dem sich der künstlerische ‚Akt‘ mitten im eigentlichen gesellschaftlichen Leben, dem griechischen bios, entfaltet“⁷. Obwohl hier von Kunst und nicht von Architektur und ihrer Ausstellung die Rede ist – und ich glaube, dass es zwischen beiden große ästhetische, ökonomische, erkenntnistheoretische und materielle Unterschiede gibt –, gilt dasselbe Argument mit Einschränkungen auch in unserem Zusammenhang. Der architektonische Akt, namentlich der Beitrag zur Biennale, entfaltet sich mitten im sozialen Leben Wiens und der Flüchtlinge. Die ArchitektInnen sind aufgefordert, Architektur zu machen und nicht Architektur auszustellen. Also gibt es auch hier einen markanten Bruch. Interessanterweise wird der Imperativ „The show must go on“ damit genau zu einem Zeitpunkt durchbrochen, an dem die Repräsentation einer Nation für ArchitektInnen mit linkem Hintergrund eine schwere Belastung geworden ist. Noch wichtiger aber ist, dass die Architektur hier aufgefordert wird zu handeln. Mit dem Budget und dem symbolischen Kapital der Biennale-Teilnahme wurden architektonische Arbeiten in Auftrag gegeben, die angesichts der aktuellen Massenmigration und Flüchtlingskrise tatsächlich nützlich sind.

Ich möchte kurz den speziellen Ausgangspunkt schildern, von dem aus Marie-Therese Harnoncourt die Frage „Was kann Architektur tun?“ gestellt hat. Hier fragt eine Architektin, die ausgewählt wurde, einen Nationalstaat auf einem globalen Architekturereignis zu repräsentieren. Wie auch



Prototyp „Private Module“

⁴ Martin Kreickenbaum, „Westbalkankonferenz schließt Grenzen und spaltet Europa“, 26.2.2016, https://www.wsws.org/de/topics/site_area/news/ (zuletzt besucht am 16.5.2016).

⁵ Tony Bennett, „The Birth of the Museum: History, Theory, Politics“, London 1995.

⁶ In Venedig wird trotzdem eine ausstellungsartige Präsentation im österreichischen Pavillon stattfinden, die dem Publikum die Projekte vorstellt.

⁷ Amelia Jones/Angela Dimitrakaki, „Viable or Merely Possible? A Dialogue on Feminism's Radical Curatorial Project“, in: Elke Krasny/Frauenmuseum Meran (Hg.), „Women's Museum. Curatorial Politics in Feminism, Education, History, and Art“, Wien 2013, S. 70.

immer ihre Arbeit ausfallen sollte, sie wird weltweit sichtbar für Österreich stehen. Die Arbeit muss also auf der Höhe der Zeit sein und nicht nur das internationale Massenpublikum, sondern auch ArchitektorexpertInnen aus aller Welt ansprechen. Gleichzeitig ist sie eingebettet in und sichtbar gemacht durch die bereits genannte Repräsentationslogik des Nationalstaats. Zugleich kommt die Frage aber auch von einer Architektin, die für die aktuelle Flüchtlingskrise schnell die nötigen baulichen Lösungen liefern soll. Wir haben also auf der einen Seite die Logik des Nationalstaats, ein internationales Massenpublikum und ArchitektorexpertInnen und auf der anderen Seite die katastrophalen Umstände der Massenflucht. Die Dringlichkeit der Frage „Was kann Architektur tun?“ rührt also großteils von den besonderen politischen, materiellen und ökonomischen Bedingungen des Hier und Jetzt unseres historischen Augenblicks her.

Foto: Paul Kramzler



the next ENTERprise beschäftigen sich mit dem zentralen Thema „Wohnen auf Zeit“ und der nicht unwichtigeren Frage, wie Menschen auf ihre Umwelt Bezug nehmen. Zeitdruck beeinträchtigt die Zeit. Zeitdruck macht die Zeit prekär. Kurz, Zeitdruck zerstört Zeit. Wir sind immer zu spät dran. Wir sind immer im Rückstand. Wir haben keine Zeit mehr, so sagt man uns jedenfalls. Die Architektur ist, wie wir alle wissen, eine Sache des Raums. Doch hat sie auch mit Leben und Wohnen zu tun, manchmal eben mit „Wohnen auf Zeit“. Wir sollten also öfter darauf achten, dass Architektur auch eine Sache der Zeit ist. Sie ändert sich je nach den Bedingungen ihrer Entstehungszeit. Sie ist Teil der Machtverhältnisse zwischen EntscheidungsträgerInnen und Dingen. Zugleich bietet Architektur aber Schutz und Obdach, manchmal vor genau diesen Machtverhältnissen.

Die Krise erfordert schnelles Handeln. Dennoch ist wichtig, dass man nicht nur mit Notmaßnahmen und Notaktionen handelt. Die brutalen Lebensumstände von heute verletzen Leben in seinen Grundlagen. Die Realität von heute bedeutet Millionen vertriebener Menschen. Die Realität von heute ist brutal und erbarmungslos, wenn es um Versäumnisse in unserem Handeln geht, ob dieses Handeln nun architektonisch ist oder nicht. Das ist offenbar das eigentliche ideologische Dilemma unserer Zeit. Wir sind von einer Zukunft bedroht, die von der Vergangenheit belastet ist, was uns in der Gegenwart ziemlich lähmt. Ich meine also, dass Marie-Therese Harnoncourts Frage unter den krisenhaften Bedingungen von heute gerade rechtzeitig kommt, weist sie doch über den Imperativ des schnellen Handelns hinaus auf einen längeren Zeitrahmen, der den Augenblick übersteigt und bis in die Zukunft reicht.

Gehen wir die Frage „Was kann Architektur tun?“ Wort für Wort durch. Damit möchte auch ich den engen Handlungszeitrahmen aufbrechen, und zwar nicht weil er etwa nicht existiert, sondern um zu zeigen, dass man auch in Krisenzeiten langfristige Belange nicht vergessen darf. Um besser sehen zu können, worum es politisch, gesellschaftlich und philosophisch eigentlich geht, setze ich in jeder Zeile ein anderes Wort der Frage in Großbuchstaben:

WAS kann Architektur tun?

Was KANN Architektur tun?

Was kann ARCHITEKTUR tun?

Was kann Architektur TUN?

Foto: Paul Kromzier



Besichtigung des Kempelenpark

Stellen wir uns vor, wir betonen die jeweils großgeschriebenen Worte. Langsam kommt dann zum Vorschein, was diese Frage eigentlich alles beinhaltet. Wir hören und lesen sie nicht nur anders, sondern sehen, dass es sich eigentlich um vier verschiedene Fragen handelt. Geht man vom Fragewort zum Modalverb, dann zum Nomen und schließlich zum Verb über, versteht man, dass es sich hier einerseits um einen Aufruf zur Architektur, andererseits aber um eine Infragestellung der Architektur handelt.

Schreiten wir also Wort für Wort voran. WAS ist das Objekt der Frage. Die Architektur könnte natürlich auch in der Antwort das Objekt sein. Architektur kann Architektur machen oder tun. Und das ist sehr wichtig. Architektur kann tatsächlich Architektur produzieren. Doch das reicht nicht. Die Architektur selbst kann nicht die einzige Antwort sein. Ich meine, Architektur kann mehr tun als nur Architektur. KÖNNEN meint fähig sein, imstande sein, ermöglichen, die Macht zu etwas haben. Architektur ist zu mehr fähig als zu Architektur, ist zu mehr imstande als zu Architektur, ermöglicht mehr als Architektur, hat mehr Macht als Architektur.

Das nächste Wort ist ARCHITEKTUR. Sie ist das grammatikalische Subjekt der Frage. Doch gehen wir von der Grammatik zur Semantik über. Architektur ist in der Subjektposition. Architektur bedeutet koordiniertes Handeln. Architektur ist bewilligtes Handeln. Das unterstreicht nur einmal mehr, was bereits gesagt wurde. Architektur kann Architektur machen oder tun – und noch mehr.



Blick über den Innenhof auf das ehemalige Siemens-Areal

TUN ist das letzte Wort der Frage. Tun ist ein Verb mit einer ganzen Bandbreite von sehr vielen starken Bedeutungen. Tun heißt leisten, bewirken, erfüllen, herstellen, herausarbeiten, schaffen, Gutes tun. Wir können also Marie-Therese Harnoncourts Frage umformulieren. Was kann Architektur leisten? Was kann Architektur bewirken? Was kann Architektur erfüllen? Was kann Architektur herstellen? Was kann Architektur herausarbeiten? Was kann Architektur schaffen? Was kann Architektur Gutes tun? Angesichts dieser Fragen scheint mir doch, dass dies überhaupt die Frage der Architektur im 21. Jahrhundert ist. Was kann Architektur tun? Hier und jetzt.

Wenn eine Frage gestellt wird, erwartet man eine Antwort. Ja, hier verlangt man sogar eine Antwort, und zwar schnell. Ich jedoch behaupte, dass die Krise den direkten Zusammenhang zwischen Frage und Antwort durchbrochen hat. Und das gilt auch für die Architektur-Frage und die Architektur-Antwort. Auch ihr Zusammenhang wurde von der Krise durchbrochen. Es gibt im Augenblick keine Antworten. Man kann auch auf keine bewährten Antworten zurückgreifen. Man kann sich auf keine Antworten verlassen. Doch obwohl man weiß, dass die Krise alle Antworten obsolet machen könnte, muss man versuchen, Antworten für die Architektur und darüber hinaus zu finden. Marie-Therese Harnoncourts Frage „Was kann Architektur tun?“ verlangt somit nicht nur reale und pragmatische architektonische Antworten, sondern hat auch einen politischen und theoretischen Aspekt.

Ich habe bereits angemerkt, dass Architektur mehr kann. Ich möchte also für ein mehr politisches und weniger ökonomisches Architekturverständnis argumentieren. Architektur gehört zur Infrastruktur, die wir Menschen brauchen. 2012 veröffentlichte Judith Butler einen Text mit dem Titel „Bodies in Alliance and the Politics of the Street“. Darin schreibt sie: „[...] wir müssen die materiellen Voraussetzungen dafür, sich öffentlich zu versammeln und zu sprechen, einfordern.“⁸ In der Folge führt Butler

8 Judith Butler, „Bodies in Alliance and the Politics of the Street“, in: Meg McLagan/Yates McKee (Hg.), „Sensible Politics. The Visual Culture of Nongovernmental Activism“, New York 2012, S. 117. Butlers Text entstand zu Beginn der Aufstände gegen die Regimes in Nordafrika und im Nahen Osten 2011. Vor diesem geopolitischen Hintergrund skizziert Butler die komplizierte Beziehung zwischen materiellen Voraussetzungen und Abhängigkeit.

aus: „Zunächst fordert niemand zu freier Versammlung und Aktion auf, ohne sich gemeinsam mit anderen zu versammeln und zu agieren. Zum Zweiten sind Plätze und Straßen nicht nur physische Voraussetzungen für Aktionen, sondern für jede körperliche Aktion in der Öffentlichkeit, die es nur geben kann.“⁹ Für unsere Frage ist nun entscheidend, dass Butler einen Satz anschließt, der uns verstehen lässt, dass das, was Architektur tun kann, in Wahrheit politisch ist – mehr noch, dass Architektur Teil der Politik des Voraussetzungserschaffens ist. Butler schreibt: „Jede menschliche Aktion hängt von vielen materiellen Voraussetzungen ab – sie ist immer Aktion mit physischen Voraussetzungen.“¹⁰ Lassen Sie mich kurz darlegen, warum ich wichtig finde, dass die Politik der Straße auf eine Politik der Flure, Korridore, Großraumbüros, Kleinraumbüros, Konferenzzimmer, Grünflächen und öffentlichen Plätze, aber auch der Teeküchen, Duschen und Bäder erweitert wird. Immerhin sind letztere Räume, die the next ENTERprise auch in ihrer Biennale-Arbeit gestalten.

Nicht nur körperliche Handlungen in der Öffentlichkeit haben materielle Voraussetzungen, sondern schlichtweg alle Handlungen, die unser Leben erhalten. Die lebenserhaltenden Handlungen sind ihrerseits wiederum auf vielen Ebenen Voraussetzung für weitere Handlungen. Sie gehen auf vielen Ebenen durch Körper und Räume hindurch, ob sie öffentlich, privat, gemeinschaftlich oder un/gemeinschaftlich sind. Den Begriff des „Un/gemeinschaftlichen“ [engl. „un/common“] verdanke ich Athena Athanasiou, die in einem Vortrag in Wien im Dezember 2015 gesagt hat: „Ich verstehe die Institution als eine Voraussetzung für den un/gemeinschaftlichen Raum der Polis. Dieser Schrägstrich, dieses unhörbare und unerhörte typografische Zeichen, das auf das Ungemeinschaftliche im Kern des Gemeinschaftlichen verweist, soll trotz seiner Unauffälligkeit die Erfordernisse betonen, die die Herstellung der Polis als eines gemeinsamen Raums zur Konfliktaustragung kennzeichnen.“¹¹

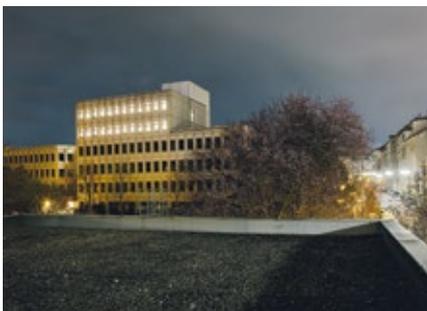
Diese un/gemeinschaftliche Polis möchte ich mit den un/definierten Räumen von the next ENTERprise in Verbindung bringen, ob letztere nun Innen- oder Außenräume sind, ob sie durch mobile Elemente entstehen, die in Gebäude eingebaut werden, oder ob sie eine eigenständige neue Architektur bilden. Die Verbindung, die ich sehe, besteht zwischen der un/gemeinschaftlichen Polis und dem un/definierten Wohnraum. Die Architektur könnte das Un/gemeinschaftliche mit dem Un/definierten zu einem Raum verbinden, in welchem die Politik der Polis und die Politik des Wohnens stattfinden können. In ihrem Vortrag fuhr Athanasiou fort: „Die territorial zentralisierte Polis in ihrem normativen Kern anzufechten bedeutet, sich mit ihrem ‚konstitutiven Außen‘ auseinanderzusetzen, wo sich jene aufhalten müssen, die – entweder als ökonomisierte Prekäre im Sinn der neoliberalen Ratio oder als rassifizierte Illegale im Transit durch die immer mehr militarisierten Eiswüsten der europäischen Nekropolitik – als entbehrlich gelten.“¹² Über die normative Territorialpolitik der Städteplanung und der Architektur hinauszugehen ist also eine Voraussetzung, um den ideologisch für entbehrlich Geltenden helfen zu können. Diese haben ein nationalstaatliches Recht auf Wohnraum, auf Institutionen, auf Infrastruktur und auf andere Dienstleistungen. Nur so kann man ernsthaft Flüchtlingsarchitektur tun, die nicht auf Flüchtlingsbauwerke beschränkt bleibt.

Die Architektur ist eine materielle Voraussetzung der Öffentlichkeit. Sie ist eine Voraussetzung für Essen und Schlafen, Sprechen und Entspannen, kurz: für das Leben. Ich möchte das eine nicht vom anderen trennen. Architektur ist eine Voraussetzung, dass Menschen Flure oder

Foto: Paul Kranzler



Großraumbüro mit Aussicht,
Kempelengasse 1



Gebäudeansicht mit beleuchteten
WG-Geschossen, Kempelengasse 1

9 Butler 2012 (wie Anm. 8), S. 118.

10 Butler 2012 (wie Anm. 8), S. 118.

11 Athena Athanasiou, „The Question of the Institutional in the Biopolitical Economy of Disposability“, Vortrag anlässlich des Symposiums „Counter-Acting. Self-Organized Universities“, kuratiert von Lena Rosa Händle, Andrea Hubin, Belinda Kazeem-Kaminski, Elke Krasny, Barbara Mahlknacht, Sunanda Mesquita und Hansel Sato, Wien, 4. Dezember 2015.

12 Wie Anm. 11.

Großraumbüros oder Küchen nutzen können. Wenden wir Judith Butlers Voraussetzungsargument doch auf die städtebauliche und architektonische Strategie von the next ENTERprise an. Marie-Therese Harnoncourt und Ernst J. Fuchs glauben, dass eine Stadt un/definierte Orte enthalten soll, die nicht ökonomisch, politisch, sozial oder kulturell normativ reglementiert sind. Ihre Strategie besteht darin, die Stadt auf solche Orte hin zu kartieren. Außerdem sind sie der Ansicht, dass die konzeptuellen und baulichen Methoden der Architektur für die Um- und Neugestaltung solcher Orte in höchstem Maße anwendbar sind. Und solche Orte sind, wie ich meine, materielle Voraussetzungen für die un/gemeinschaftliche Polis und das un/definierte Leben. Solche Räume fördern die Aktivität in der Stadt und damit – potenziell – die Zivilcourage.

Zu früh für eine Schlussfolgerung – eine Architektur des Beginns

Ich nahm Harnoncourts Einladung an, gemeinsam am Ort ihrer Biennale-Intervention zu übernachten. Sie befindet sich im ehemaligen Hauptquartier von Siemens, wo auf zwei Stockwerken temporäre Wohneinheiten für Studierende und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge eingerichtet wurden. Auf ihrer systematischen Suche nach un/definierten Räumen fanden the next ENTERprise dieses ungenutzte Bürogebäude und stellten sich der Herausforderung, die Büros in Wohnräume umzubauen. Ihre Wohneinheit besteht aus einem Holzquader, der mit Klappbett, Regalen und einem Klapptisch möbliert und verschließbar ist. Bei geöffneter Tür entsteht eine Topografie, in der man mit den NachbarInnen Kontakt aufnehmen kann. Schließt man die Tür, entsteht ein geschützter Privatraum. Harnoncourts und Fuchs' Eingriff mit mobilen Wohneinheiten belässt die Büros zum großen Teil intakt. Die zukünftigen BewohnerInnen können durch sie auf mannigfaltige Weise agieren und interagieren. Der Raum um die Quader ist dabei entscheidend. Auch hier setzten the next ENTERprise ihre städtebauliche Strategie um, indem sie die Großraumbüros zu un/definierten Räumen umgestalteten. Der große Vorteil ist, dass dadurch Raum entsteht, der für soziale Kontakte, Freizeitaktivitäten, Sport oder zur Zusammenarbeit mit Universitäten oder anderen Interessierten genutzt werden kann.

The next ENTERprise weigerten sich mithin, Flüchtlingen einfach Wohngelegenheiten zu Verfügung zu stellen. Stattdessen entwickelten sie eine Strategie, un/definierte Räume als temporäre Wohnräume in ein spezielles und architektonisch markantes Setting zu fügen. Die Flüchtlinge finden hier nicht nur einen privaten Schutzraum, sondern auch ihr soziales Leben. So machen the next ENTERprise Architektur politisch. Ihr Wohnelement gibt im Zusammenspiel mit dem sozialen Umraum Hoffnung, dass nicht nur un/definiertes Leben, sondern auch eine un/gemeinschaftliche Polis möglich ist.

Foto: Paul Kranzler
Visualisierung: grafisches Büro

